

## **Jugendverbände für ein offenes und vielfältiges Rheinland-Pfalz Entwicklung einer Positionierung des Landesjugendringes zum Thema Migration**

Als Mitgliedsverbände im Landesjugendring setzen wir uns für die Rechte und Belange aller Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ein. Sie haben – über Grundgesetz sowie Kinder- und Jugendhilfegesetz verankerte – Rechte auf Förderung durch Staat und Familie, auf Entwicklung ihrer Persönlichkeit und auf ein Leben frei von Gewalt.

Jugendverbände haben sich zur Aufgabe gestellt, junge Menschen – unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft – in ihrer Persönlichkeit umfassend zu stärken, sie zur Übernahme von Verantwortung und zur Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Mit ihren vielfältigen – auf Freiwilligkeit und Selbstorganisation beruhenden – Angebotsstrukturen ermöglichen Jugendverbände Freiräume für selbst gestaltete Bildungs- und Lerngelegenheiten und vermitteln grundlegende soziale Kompetenzen, die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Teilhabe sind.

Viele rheinland-pfälzische Kinder und Jugendliche haben einen Migrationshintergrund. Bei den unter 30-Jährigen Rheinland-PfälzerInnen sind es 19 %. Sie sind entweder selbst nach Rheinland-Pfalz zugewandert, oder sie sind hier geborene Nachkommen von Zugewanderten.

Bei den noch jüngeren Altersgruppen steigt der Anteil der Migrant/-innen mit abnehmendem Alter (Integrationskonzept, S. 7).

**Ein erheblicher Anteil der Zielgruppe der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz verfügt daher über eigene Migrationserfahrung oder kennt diese aus der eigenen Familie. Ihre Bedeutung wird in Zukunft eher steigen.**

**Eine seiner wesentlichen Aufgaben sieht der Landesjugendring darin, sich für eine verstärkte gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen.**

Rheinland-Pfalz ist seit jeher ein Einwanderungsland. **Zuwanderung** ist in erster Linie ein bereichernder Prozess, der für die Zugewanderten wie die Aufnahmegesellschaft einen Gewinn an Vielfalt, Eindrücken, Ideen, und Kompetenzen bedeutet.

Zuwanderung braucht **Integration** als einen zweiseitigen Prozess. Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft gehen dabei aufeinander zu, wobei der Anpassungs- und Assimilationsdruck auf die Zugewanderten ungleich stärker ist. Sie haben auch ein Recht auf Integration im Sinn von Teilhabe und gleichen Chancen sowie Freiheit von Diskriminierung.

**Für Kinder und Jugendliche gilt das in besonderem Maße.** Ihnen muss von Anfang an signalisiert werden, dass ihre Teilhabe in der rheinland-pfälzischen Gesellschaft normal, selbstverständlich und gewünscht ist. Sie müssen den gleichen Zugang zu Bildung – angefangen bei frühkindlichen Angeboten -, Ausbildung und Erwerbsarbeit haben wie „deutsche“ Kinder und Jugendliche bzw. solche ohne Migrationshintergrund.

Dies muss unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus (z. B. so genannte „illegal“ Zugewanderte) wie auch unabhängig von ihrem Herkunftsland gelten.

Für den Landesjugendring besteht die Grundlage von **Partizipation** in der gleichberechtigten Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem an Bildung, Ausbildung und Arbeitswelt.

In allen diesen Bereichen besteht die Verantwortung, Migrant/-innen einzubeziehen und zu fördern. Darin liegt auch ein wesentlicher Weg zu Integration und Gleichberechtigung.

Im Bereich von Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit bestehen in Rheinland-Pfalz – wie in ganz Deutschland – erhebliche Defizite. Im Durchschnitt sind junge Menschen mit Migrationshintergrund

beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihr Armutsrisiko ist höher als das von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Der Armuts- und Reichtumsbericht des Landes stellt 2010 erneut fest, dass die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschluss zu erwerben, immer noch das sicherste Mittel gegen Armut ist.

Gleichzeitig ist wichtig zu betonen: Die Mehrheit der Migrant/-innen in Rheinland-Pfalz meistert unser Schul- und Ausbildungswesen erfolgreich.

**Bildungspolitisch** halten wir ein integratives und durchlässiges Bildungssystem, in dem unterschiedliche Kinder länger gemeinsam lernen, mit effektiven Strukturen individueller Förderung und kostenfreiem Zugang (von der Kita bis zur Hochschule) für ein wichtiges Instrument zum Erreichen von Gleichberechtigung und Integration.

Im Bereich der **Berufsausbildung** gilt es insbesondere, die Zahl der Ausbildungsplätze - vor allem im dualen System - und die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe zu erhöhen, sowie gleichzeitig die Gleichbehandlung und Antidiskriminierung in der Arbeitswelt durch Information, Beobachtung, und Kontrolle (u.a. durch Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Betriebs-/Personalrät/-innen, Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) durchzusetzen.

Dazu kommt die hohe Bedeutung von weiteren **Partizipationsmöglichkeiten** auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Ein wichtiges Feld ist hier das Engagement in Vereinen und Jugendverbänden. Hier findet Integration im Sinne von Partizipation und gleichberechtigter Beteiligung täglich statt.

Die Beteiligung von Migrant/-innen in den rheinland-pfälzischen **Jugendverbänden** – als Teilnehmende und als aktive Ehrenamtliche – ist noch ausbaufähig. Viele junge Leute in diesem Bereich sind unterdurchschnittlich in den Verbänden repräsentiert.

Im Bereich der **politischen Partizipation** befürworten wir die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer/-innen aus Nicht-EU-Staaten („Drittstaatler“), die dauerhaft und rechtmäßig in Rheinland-Pfalz leben (so unterstützt der LJR u. a. die Kampagne „Kommunales Wahlrecht für alle“). Dies ist auch ein wichtiges Signal an junge Menschen im Land, dass ihre Beteiligung gewünscht ist, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

Eine weitere wichtige Grundlage von Partizipation ist **Diskriminierungsfreiheit** auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Sie ist durchzusetzen unter anderem durch die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, durch die Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, durch Beratungsangebote für Migrant/-innen und durch die Förderung der Mitwirkung von Migrant/-innen im Arbeitsleben, in Betriebs- und Personalräten. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben wie alle jungen Menschen ein Recht auf Schutz vor und **Freiheit von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt**. Als Jugendverbände im Landesjugendring machen wir uns für Vielfalt und Offenheit stark und stellen uns Rassismus, Ausgrenzung, und diskriminierenden stereotypen Vorurteilen gegen Migrant/-innen entgegen.

**Der Vorstand des Landesjugendringes wird beauftragt**, in Abstimmung mit dem Hauptausschuss ein **Konzept** zu entwickeln, mit dem sich der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände intensiver und systematisch mit dem Thema Migration auseinandersetzen können und sollen. Dabei soll es unter anderem um folgende Aspekte gehen:

- Weiterentwicklung jugend- und migrationspolitischer Positionen der Verbände und des LJR
- die Beteiligung von Migrant/-innen in der Jugendverbandsarbeit als Teilnehmende und Aktive/Ehrenamtliche
- eine mögliche verbesserte Zielgruppenansprache
- Möglichkeiten der Thematisierung und Förderung interkultureller Arbeit in den Jugendverbänden
- die mögliche Zusammenarbeit mit Migrant/-innen-Jugend-Selbstorganisationen auf Ebene der Verbände und/oder Jugendringe, sowie die mögliche Unterstützung solcher Formen der Selbstorganisation und ihrer Integration in die Jugendringe.

*Einstimmig beschlossen durch die 103. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 24.04.2010 in Mainz.*